

Zur Integration von Migrantinnen und Migranten



*Statement der
Türkischen Gemeinde
Schleswig-Holstein e.V.*

*Dr. Cebel Küçükcaraca ist
Landesvorsitzender der Türkischen
Gemeinde Schleswig-Holstein e.V..*

*Am 9. September
2009 veranstalteten
die Landesweiten
Beratungsprojekte
von Flüchtlingsrat,
Refugio und Türkischer
Gemeinde eine
Podiumsdiskussion zur
Frage „Chancengleichheit
und soziale Teilhabe für
Alle?“.*

*VertreterInnen der
sechs Parteien im Kieler
Landtag diskutierten die
Stellungnahmen der
VeranstalterInnen.
Hier dokumentieren
wir den Vortrag der
Türkischen Gemeinde.*

Uns allen ist bekannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Ferner sollten wir auch begreifen, dass Deutschland im Anbetracht des demographischen Wandels unserer Gesellschaft Einwanderung braucht. Allen tatsächlichen oder vermeintlichen Schwierigkeiten zum Trotz leben Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland friedlich zusammen.

Wir alle müssen kulturelle Vielfalt als gesellschaftlichen Wohlstand begreifen, er ist heutzutage sogar ökonomisch messbar.

Die Bundesrepublik sollte die Potentiale und Ressourcen besser nutzen, die aus einer Einwanderungsgesellschaft entstehen. Es ist Zeit, die „Ausländerpolitik“ zu einer „Gleichstellungspolitik“ weiterzuentwickeln. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der es keine Alternative gibt. Integration bedeutet ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler, kultureller oder religiöser Herkunft, das von gegenseitiger Akzeptanz, Respekt und Toleranz geprägt ist.

Rechtsgleichheit und gleiche Teilhabechancen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie im Bildungswesen und in der Arbeitswelt sind dafür die Grundvoraussetzung. Ohne eine Chancengerechtigkeit geht jede Gesellschaft in gefährliches Fahrwasser.

Klima der allgemeinen Benachteiligung

Ein bedeutendes Problem unserer Gesellschaft ist aber nach wie vor die häufige Diskriminierung, die Talente unterdrückt oder auch zu Verdrossenheit

und zu einem Klima der allgemeinen Benachteiligung führt. Sie hindert diese Menschen an der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Ungleichbehandlung lässt sich anhand von Zahlen belegen (Bsp. PISA-Studie, OECD-Bericht). Nach einer repräsentativen Befragung, die vom Integrationsministerium in Auftrag gegebenen wurde, wird Diskriminierung in Deutschland von MigrantInnen am häufigsten in den Bereichen wahrgenommen, in denen eine starke Konkurrenz herrscht. Die Studie kam zu folgenden Ergebnissen: Während ca. die Hälfte der Befragten angeben, am Arbeitsplatz diskriminiert worden zu sein, erleben 43% der Befragten schon bei der Arbeitssuche eine Ungleichbehandlung. Die Wohnungssuche ist mit 44% in Deutschland der am dritthäufigsten genannte Diskriminierungsbereich.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das am 18.8.2006 in Kraft getreten ist, ist ein wichtiges Instrument für den Diskriminierungsschutz. Das Gesetz weist aber noch zu viele Barrieren für die Betroffenen auf und rechtfertigt mitunter eine Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, wie z.B. die Ausnahmeklausel für VermieterInnen im § 19 Absatz 3 AGG. In einer Demokratie gilt es, gemeinsam gegen jegliche Form der Diskriminierung einzutreten.

Aktive Einbindung für Chancengleichheit

Unsere Erfahrungen als MigrantInnenselbstorganisation zum Thema „Integration und Migration“ setzen sich aus verschiedenen Lebensbereichen der Gesellschaft zusammen: u.a. Bildung, Wirtschaft, Politik, Gesundheit. Um

Chancengleichheit zu realisieren, müssen die MigrantInnen aktiver in diese Bereiche eingebunden werden. Im Bildungsbereich belegen Zahlen schwerwiegende Barrieren für junge MigrantInnen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung.

Der Mangel an Ausbildungschancen für MigrantInnen trägt zur Desintegration bei. Die deutlichen Chancenunterschiede sind nicht nur mit den im Durchschnitt schlechteren schulischen Abschlüssen und Leistungen junger MigrantInnen zu erklären. Der Bildungserfolg wird auch von der sozialen Herkunft beeinflusst.

Kommunen, Länder und Bund müssen stärkere Bemühungen unternehmen, um die Integration der MigrantInnen aktiv zu unterstützen. Mit der Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans ist ein wichtiger Schritt unternommen worden. Aber die politischen Strukturen in der Migrationspolitik sind unzureichend und lassen keine Partizipation bei Gesetzesvorhaben und Entscheidungen zu. Dies finden wir inakzeptabel und undemokratisch. Wir sind der Überzeugung, dass die MigrantInnenverbände von Beginn an aktiv an diesem Prozess beteiligt werden müssen.

Förderung in der Schule

Im internationalen Vergleich gelingt es Deutschland nur begrenzt, die Kinder mit Migrationshintergrund beim Erwerb der deutschen Schriftsprache und der Mehrsprachigkeit frühzeitig zu fördern. „Es ist bedauerlich, dass wenig Raum für ersprachlichen/muttersprachlichen Unterricht weiterer Fremdsprachen in den Schulen eingeräumt wird. Der Ausbau der Erstsprache/Muttersprache durch regelmäßige, didaktisch fundierte Unterrichtsmethoden, die die Kinder für das Erlernen der deutschen Sprache auch benötigen, kommt für die Mehrzahl der MigrantInnenkinder leider viel zu kurz. Durch die Zurückstellung der Muttersprache spüren viele MigrantInnen eine unterschwellige Ignoranz gegenüber ihrer Herkunft oder auch einen vermeintlichen Assimilierungsdruck. Dies führt wiederum zu falschen Reaktionsstrategien und Fehlern, die die ganze Gesellschaft und Integration betreffen“. Das macht sehr deutlich, dass die Bildungsfrühförderung in den Mittelpunkt gerückt werden muss. Für eine erfolg-

Requiem für die Toten im Mittelmeer

St. Jakobi, Hamburg, am 15.11.2009



Vor wenigen Tagen haben wir zusammen des Mauerfalls vor 20 Jahren gedacht. Die Flüchtlinge, die am ehemaligen „eisernen Vorhang“ gestorben sind, waren „Menschen, die nichts anderes suchten, als ein Leben in Freiheit und Würde“ – darauf haben viele Festredner hingewiesen.

Es ist schmerzlich, wenn wir uns klarmachen, dass es nun unsere neuen, europäischen Grenzanlagen

sind, an denen Flüchtlinge abgewehrt werden. Es ist schmerzlich einzugestehen, dass Mauer und Stacheldraht, Schiessbefehl und Minenfelder nicht verschwunden sind – doch statt eines moralisch und wirtschaftlich bankrotten Sozialismus sollen sie nun den Wohlstand Europas beschützen. Und Tausende sterben an diesem Bollerwerk.

Es ist besonders schmerzlich, wenn wir bedenken, warum sich so viele Flüchtlinge auf die tödlichen gefährlichen Wege machen. Denn fast immer sind europäische Interessen im Spiel, wenn Menschen auf unseren Nachbarkontinenten ihre Heimat verlassen: unfaire Handelsverträge rauben ihnen die Lebensgrundlage, europäische Konzerne plündern zu Dumpingpreisen die natürlichen Ressourcen, fischen die Küsten Afrikas leer.

Der Klimawandel, den ausschließlich die Industrienationen verursachen, wird große Landstriche unbewohnbar machen. Wieder brechen Menschen auf, die „ein Leben in Freiheit und Würde“ suchen, Lebensperspektiven, eine Zukunft für ihre Familien.

Aber unsere Regierungen wollen davon nichts wissen. Stattdessen haben sie Militärs damit beauftragt, unsere Grenzen zu sichern. Keine Behörde zählt die Toten, die diese Politik täglich fordert. Wer die Opfer verschweigt, der will die Verantwortung vertuschen. Wer aber die Opfer würdigt, der kann sich der Verantwortung stellen – und nach neuen Wegen suchen für eine gerechtere Welt.

**Elias Bierdel ist freier Journalist
und Vertreter
der Flüchtlingsorganisation Borderline Europe
(www.borderline-europe.de)**

reiche Schulkarriere sehen wir dies als Grundvoraussetzung an.

Mit der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde der Optionszwang eingeführt, der auch aus Sicht der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein ein falsches integrationspolitisches Signal sendet. Denn diese Regelung schließt auch Gleichberechtigung aus. „Die unterschwellige Botschaft dieser Regelung lautet: Ihr gehört nicht ganz, nicht auf Dauer und nicht so wie andere dazu.“ Die Optionspflicht muss abgeschafft werden.

Rund 7,3 Millionen MigrantInnen haben immer noch einen AusländerInnenstatus, obwohl sie zum größten Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Dieser Zustand ist auf Dauer mit dem Gebot eines demokratischen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren.

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht hat dieses Problem für die erste und zweite Einwanderungsgeneration nicht gelöst.

Unserer Meinung nach muss es eine neue Strukturdebatte geben und verbindliche Strukturen geschaffen werden, die zeigen, dass Integration nicht ein Randthema ist, sondern eine zentralgesellschaftliche Aufgabe.

